



Bild: Christine Strub

ber etwas dazu beitragen: «Ich will arbeiten, für mich selber aufkommen, Steuern zahlen. Und nicht Kosten verursachen.»

Es sei wichtig, dass «wir uns aktiv zu Wort melden. Denn wir sind viele in der Nothilfe». Miyandar gehört zu den treibenden Kräften der Gruppe «Empathie und Einheit». Es sind Iraner*innen – unter ihnen auch Shahrar Momeni – die versuchen, in der Schweizer Öffentlichkeit eine Stimme zu werden. Zusammen mit Menschenrechtsorganisationen wollen sie übermorgen Donnerstag mittag (12 Uhr) vor dem Gebäude des SEM in Wabern mit einer Kundgebung auf die ausweglose Lage der Iraner*innen in der Schweiz aufmerksam machen. Diese Demo soll fortan einmal im Monat stattfinden.

Die Solidarität

Zurück zur Familie Momeni. Für sie rückt der Moment des Rückzugs in ein Rückkehrzentrum näher. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sich ihre gesundheitliche Situation verschlechtert. Denn eine eigene Wohnung wur-

de ihnen bis jetzt gewährt, weil die Behörden eine Unterbringung in einer Kollektivunterkunft wegen der psychischen Belastung als unzumutbar einstufen.

Allerdings hat der Fall der Familie Momeni eine starke Solidaritätsbewegung ausgelöst – unter anderem im Wohnort der Familie, aber auch von der Gruppe «Offenes Scherli» in Niederscherli. Mit einer Petition fordern mittlerweile über 3500 Unterzeichnende den Gemeinderat von Köniz und den Migrationsdienst des Kantons Bern auf, sich beim Staatssekretariat für Migration für ein dauerhaftes Bleiberecht der Familie einzusetzen.

Laut Reto Kaeser von «Solidarity Mittelhäuser» soll in den nächsten Wochen zudem ein Crowdfunding zur finanziellen Unterstützung der Familie gestartet werden – zur Deckung allfälliger Anwalts- oder Wohnkosten. Die grosse gemeinschaftliche Unterstützung trage zur psychischen Stabilität der Familie in einer Phase existenzieller Sorgen bei, so Kaeser.

Für die Wohnsituation der Familie Momeni gibt es ei-

ne Option, auf die der kantonale Sicherheitsdirektor Philippe Müller (FDP) selbst gegenüber der «Hauptstadt» hinweist. Müller kritisiert zwar, dass es in der Asylfrage nichts bringe, «die Emotion von Einzelschicksalen zu bewirtschaften».

Er hält aber auch fest: «Im Kanton Bern besteht – im Gegensatz zu anderen Kantonen – die Möglichkeit einer Unterbringung von abgewiesenen Asylsuchenden bei Privaten.» Es brauche ein Gesuch sowie die Bereitschaft von Privatpersonen, abgewiesene Asylsuchende bei sich unterzubringen. Zudem müssten die Geflüchteten bei der Beschaffung von Ausweispapieren aktiv mitwirken.

Die Hoffnung

Daniel Winkler, Pfarrer in Riggisberg und Leiter der zivilgesellschaftlichen Organisation «Riggi-Asyl», hat viel Erfahrung mit der privaten Unterbringung von Menschen, die lange Zeit in der Nothilfe bleiben. «Riggi-Asyl» hat einen Fonds, aus dem private Unterkünfte finanziert werden. Aktuell, sagt Winkler zur «Hauptstadt», finanziert «Riggi-Asyl» die private Unterbringung von 16 Personen. Darunter befinden sich zwei Familien, die seit über zehn Jahren in der Nothilfe sind.

Laut Winkler wäre «Riggi-Asyl» bereit, die Wohnungskosten für die Familie Momeni zu übernehmen. Es sei absehbar, dass Shadi, Shahrar und Naser Momeni über lange Zeit in diesen Strukturen bleiben werden.

Eine private Unterbringung, so Winkler, ermögliche Langzeit-Beziehenden in der Nothilfe «ein Minimum an Menschenwürde». Allerdings, sagt er auch, sei das Korsett bei der Bewilligung einer privaten Unterkunft eng. Die geforderte Mitwirkung bedeute, dass geflüchtete Menschen bei der verhassten Botschaft ihres Herkunftslandes vorsprechen und Reisepapiere beschaffen müssten. Diese Hürde sei sehr hoch.

Die Hoffnung für die Familie Momeni ist klein, aber sie besteht. Ob sie die Bewilligung erhalten, in der bisherigen Wohnung zu bleiben, ist offen. Ihre Unterstützer*innen sondieren in Mittelhäusern Alternativen für eine andere Privatunterbringung.

Und Christine Rothenbühler vom Haus für Demenzerkrankte in Huttwil sagt zur «Hauptstadt»: «Die Lehrstelle von Shadi ist nicht wieder besetzt. Wir hoffen sehr, es findet sich doch noch ein Weg, dass sie zu uns zurückkehren kann. Wir vermissen sie.»

Info: Das Bieler Tagblatt und ajour publizieren seit 2025 regelmässig interessante Reportagen, Berichte und Interviews der Berner Kolleginnen und Kollegen des Onlinemagazins «Hauptstadt».

Unwetteropfer von Brienz bangen noch immer um ihre Häuser

Bis der Milibach gebändigt oder verlegt ist, dürften etwa vierzig Gebäude nicht repariert werden. Die Schäden sind aber geringer als zunächst geschätzt.

Julian Witschi und Hans Urfer/BZ, Der Bund

Über Brienz kam eine schwarze Wand, aus der es so lange und so stark regnete, wie es auch ältere Einwohner noch nicht erlebt hatten. «Ohne Schuhe, mit Handy, Hausschlüssel und Schirm sind wir aus dem Haus gerannt. Vorne bei der Brücke haben wir sofort gesehen, dass der Milibach hochkommt.» So schildert Alexandra Schild die ersten Sekunden, als der zum Fluss gewordene Bergbach im Sommer 2024 mit grossem Geschiebe hinunter ins Dorf donnerte.

Auch gut acht Monate nach dem verheerenden Unwetter kann sich die Brienzlerin, die nur einen Steinwurf entfernt vom Unterlauf des Milibachs wohnt, noch an jedes Detail erinnern. Und sie lobt die rasche Evakuierung sowie die Organisation dazumal am Treffpunkt in der Turnhalle. Ihre Wohnung war an jenem 12. August 2024 stark in Mitleidenschaft gezogen worden, ist aber heute wieder bewohnbar.

Nach acht Monaten immer noch unbewohnbar

Noch verheerender getroffen hat es Kilian Brunner, seine Frau und die drei Kinder, von denen erst zwei schulpflichtig sind. Brunners Haus liegt unmittelbar neben dem Milibach und ist auch acht Monate später noch unbewohnbar.

«Da ich damals sofort zum Feuerwehreinsatz gerufen wurde, bekam ich nicht mit, wie es um unser Haus stand», sagt der Elektroingenieur heute. Er sei jedoch immer in Kontakt mit seiner Frau gewesen und habe mitbekommen, wie sie und die Kinder bei Nachbarn untergekommen seien. «Was mir geblieben ist, ist die grosse Solidarität der Menschen hier. Aber was bleibt, ist auch die grosse Ungewissheit, auch jetzt noch, nachdem schon mehr als acht Monate vergangen sind seit dem Unwetter», sagt Brunner.

Insgesamt 196 Gebäudeschäden wurden nach der Unwetterkatastrophe in Brienz verzei-

net. Die Schadenssumme beläuft sich auf rund 8,2 Millionen Franken, wie der Chef der Gebäudeversicherung Bern (GVB), Stefan Dürig, am Donnerstag an einer Medienkonferenz vor Ort bilanzierte. Das Unwetter im Schnitzlerdorf war das grösste Schadenereignis im Jahr 2024.

Zwei Monate nach dem Unwetter war die GVB noch von rund doppelt so hohen Gebäudeschäden von 16 Millionen Franken ausgegangen. Dabei ging sie von den kompletten Gebäudewerten aus, konnte inzwischen aufgrund eingeholter Offerten für die Instandstellungsarbeiten die Summe aber deutlich reduzieren.

Dies umfasst die von der GVB versicherten Gebäudeschäden. Über 80 Prozent der Schadenssumme der GVB betreffen allein 59 Gebäude in der von der Gemeinde definierten Planungszone, also in dem vom Milibach besonders gefährdeten Gebiet. Die GVB, bei der jedes Gebäude im Kanton gegen Elementarschäden versichert sein muss, eröffnete am zweiten Tag nach dem Unwetter ein temporäres Schadenbüro in Brienz. Darin richteten auch andere Versicherungen eine Anlaufstelle ein, wo sich Betroffene melden konnten.

Einige Häuser waren nur äusserlich beschädigt, andere konnten durch leichte Reinigungs- und Instandstellungsarbeiten rasch wieder bewohnbar gemacht werden.

Es gibt aber auch Wohnhäuser, die acht Monate später noch immer nicht bewohnbar sind. Sie sind zum Teil einsturzgefährdet. Und sie stehen in einer Zone in der Nähe des Milibachs, wo die Instandstellungsarbeiten noch nicht beginnen dürfen. Weil die Behörden hier das Potenzial von einer weiterhin «erheblichen Gefährdung» sehen. Das betrifft rund 40 Gebäude.

Auch das Haus der Familie Brunner ist immer noch schwer beschädigt und unbewohnbar. Was geschieht nun mit dem Gebäude? Kann es wieder aufgebaut werden? Kilian Brunner weiss

es nicht und setzt auf den 5. Mai, wenn die Bevölkerung über das weitere Vorgehen orientiert werden soll. Eine Verlegung des Milibachs nach Westen steht im Raum.

Die Abklärungen und Planungen laufen wie schon nach früheren Unwettern im Berner Oberland unter dem Titel LLE – Lokale lösungsorientierte Ereignisanalyse.

Am 5. Mai werden allenfalls vorgezogene Schutzmassnahmen vorgestellt und Näheres zu einem allfällig vorzeitigen Wiederaufbau von Häusern oder einer präventiven Umsiedlung thematisiert. «Im Moment sind die ganzen Arbeiten im Gange, und wir können vorher nicht näher informieren», sagte die LLE-Gesamtprojektleiterin Jana Hess am GVB-Medienanlass.

«Ziel der Hochwasserschutzmassnahmen ist es, dass die rote Zone ausserhalb des Bachbetts so reduziert werden kann, damit Sanierungen und Wiederaufbau möglich sein werden», sagte Hess. Zu welchem Zeitpunkt dies der Fall sein soll, kann sie nicht sagen.

Liegenschaften müssen weichen

Auf Interesse dürfte am 5. Mai auch die im Dezember 2024 präsentierte Verlegung des Bachs nach Westen stossen. «Welche Liegenschaften dabei konkret weichen müssen und welche nicht, wird erst klar sein, wenn das Vorprojekt vorliegt», sagt Hess.

Laut Planungsübersicht wird dies Mitte nächsten Jahres sein. Was den Baubeginn des neuen Bachlaufes angeht, gibt die Gesamtprojektleiterin als Zeithorizont «ab 2030» an.

Das Problem ist, dass im geplanten Alternativkorridor Gebäude stehen, die dem neuen Bachlauf weichen müssten. Und die nötige Unterquerung von Bahnlinie und Strasse im Westen von Brienz würde beträchtliche Investitionen erfordern. Das Unwetter und dessen Folgen werden die Betroffenen noch viele Jahre beschäftigen.



Der Milibach könnte so umgeleitet werden, damit dieses Haus nicht mehr in der besonders gefährdeten Zone steht.

Bild: Christian Pfander